



Kinderreport Deutschland 2023

Kinderarmut in Deutschland

Zusammenfassung

Erhebung und Untersuchungsdesign

Für den Kinderreport 2023 wurden im Januar 2023 im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes vom Sozial- und Politikforschungsinstitut Kantar Public zwei Erhebungen durchgeführt: Befragt wurden 682 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 10 und 17 Jahren sowie 1.011 Erwachsene (deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren). Die Erhebung unter Kindern und Jugendlichen wurde wie bereits in den Vorjahren als Online-Befragung durchgeführt, der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom 03. bis 14. Januar 2023. Die Befragung der Erwachsenen wurde wiederum als repräsentative, telefonische Bevölkerungsumfrage konzipiert und vom 04. bis 10. Januar 2023 durchgeführt. Alle Fragen wurden Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen gleichermaßen gestellt, allerdings wurde den Kindern und Jugendlichen ein Fragebogen mit Formulierungen vorgelegt, die der Altersgruppe angepasst worden waren.

Mithilfe der parallelen Befragung von Erwachsenen und Kindern wirft der Kinderreport einen Blick auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland, dieses Mal mit dem Themenschwerpunkt Kinderarmut. Damit wird ein vertiefender Blick auf diesen kinder- und familienpolitisch wichtigen Bereich geworfen. Im Einzelnen wurde abgefragt, wie die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft bewertet werden, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen, welche Ursachen für Kinderarmut gesehen und welche Unterstützungsmaßnahmen für einkommensschwache Familien mit Kindern für sinnvoll erachtet werden. Zudem wurde erhoben, ob die Befragten dazu bereit wären, Steuererhöhungen mitzutragen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte. Da die Mitbestimmung von Kindern ein wirksamer Baustein zur langfristigen Verhinderung von Armut sein kann, wurde auch danach gefragt, wo Kindern und Jugendlichen mehr Rechte auf Mitbestimmung eingeräumt werden sollten.

Die Befragungen zum Kinderreport 2023 fanden in einer Zeit großer politischer Unsicherheit statt: Viele Familien spürten und spüren die Inflation und die Energiekrise mit erschütternder Wucht. Dadurch geraten immer mehr Familien an oder sogar über die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten, viele sind finanziell schlicht am Ende – und das trotz zahlreicher staatlicher Maßnahmen wie der Strom- und Gaspreisbremse oder der Erhöhung des Wohngeldes.

Bewertung des bisherigen Einsatzes gegen Kinderarmut in Deutschland

Für den Kinderreport 2023 wurde zunächst generell gefragt, wie viel getan wird, um die Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen. Die erwachsenen Befragten stellen Staat und Gesellschaft in dieser Frage ein eher schlechtes Zeugnis aus. Lediglich 7 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass „sehr viel“ getan wird, für 15 Prozent wird „eher viel“ getan. Knapp drei Viertel beurteilen die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft hingegen eher negativ. Für 45 Prozent wird „eher wenig“ und für 27 Prozent sogar „sehr wenig“ in dieser Hinsicht getan.

Die befragten Kinder und Jugendlichen kommen bei derselben Frage zu ähnlichen Einschätzungen wie die Erwachsenen. Für 5 Prozent wird „sehr viel“, und für 22 Prozent wird „eher viel“ von Staat und Gesellschaft getan, um die Kinderarmut zu bekämpfen. Aber auch hier überwiegt mit 50 Prozent („eher wenig“) bzw. 11 Prozent („sehr wenig“) der Anteil derer deutlich, die die Maßnahmen als unzureichend sehen.

Politische Schlussfolgerungen

Auch aufgrund dieser Einschätzungen ergibt sich aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes ein klarer Handlungsauftrag an die Politik, endlich wirksame und umfassende Maßnahmen gegen die Kinderarmut in Deutschland zu ergreifen. Dafür braucht es ein Gesamtkonzept, bei dem monetäre Leistungen für Eltern und ihre Kinder sowie infrastrukturelle Maßnahmen zusammen gedacht werden müssen. Dabei gilt es, bestehende Leistungen ebenso zu überprüfen wie existierende Unterstützungssysteme und dabei über Zuständigkeitsgrenzen und -ebenen von Verwaltungen und Politik hinweg zusammenzuarbeiten. Der Bund muss dabei die Koordinierung sicherstellen und finanzielle Anreize setzen.

Neben einer Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient, weil sie an den Bedarfen junger Menschen und dem kindlichen Existenzminimum ausgerichtet wird, bedarf es demnach auch hochwertiger und armutspräventiver Infrastrukturen im direkten Lebensumfeld. Dazu gehören Spielorte bzw. -räume, Freizeitangebote, ebenso wie ein Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungssystem, das Kindern gleiche Chancen eröffnet und in enger Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe in den Sozialraum wirkt.

Die beste (Bildungs-)Infrastruktur braucht es dabei in den Gebieten mit den höchsten Bedarfen. Eine bedarfsgerechte Ausstattung mit erreichbarer und bezahlbarer (Bildungs-)Infrastruktur ist jedoch nur unter der Voraussetzung grundlegender Reformen der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen möglich. Daher sollte ein Bundesfonds mit Mitteln für Kommunen, in denen besonders viele armutsbetroffene Kinder leben, eingerichtet sowie das Kooperationsverbot im Bildungsbereich grundlegend überdacht werden.

Gründe für Kinderarmut

Die nach Einschätzung der Bevölkerung wesentliche Ursache für Kinderarmut sind die zu geringen Einkommen in Deutschland. 83 Prozent der Erwachsenen („Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“) und sogar 93 Prozent der Kinder und Jugendlichen erachten die Einkommenssituation als Hauptgrund für Kinderarmut. Dass von Armut betroffene Kinder weniger Chancen auf einen guten Bildungsabschluss haben und sich Armut dadurch fortsetzt, sehen 81 Prozent der Erwachsenen so, bei den Kinder und Jugendlichen sind es 68 Prozent.

Mangelnde Unterstützung von Alleinerziehenden, beispielsweise finanziell oder durch Kinderbetreuung, sehen 78 Prozent der Erwachsenen und 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen als wichtigen Grund für die Kinderarmut an. Der Aussage, dass sich Politiker*innen nur unzureichend um das Problem der Kinderarmut kümmern, stimmen 84 Prozent der Kinder und Jugendlichen zu, bei den Erwachsenen sind es 73 Prozent.

Neben staatlichen Maßnahmen könnten auch ein besserer gesellschaftlicher Zusammenhalt und entsprechende Maßnahmen und Instrumente, beispielsweise Nachbarschaftsinitiativen oder Selbsthilfegruppen, zu einer Verringerung der Kinderarmut führen. Demgegenüber sehen 72 Prozent der Kinder und Jugendlichen einen Zusammenhang zwischen einem zu geringen gesellschaftlichen Zusammenhalt und Kinderarmut, bei den Erwachsenen sehen 67 Prozent das so.

Und bei der Frage, ob die wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht mehr Unterstützung gestattet, sind 44 Prozent der Erwachsenen dieser Auffassung, bei den Kinder und Jugendliche lediglich 26 Prozent.

Politische Schlussfolgerungen

Insgesamt sollte dem Grundsatz gefolgt werden, dass Menschen, die arbeiten, auch in der Lage sein sollten, ein gutes Leben in sozialer Sicherheit führen zu können. Dafür wäre es notwendig, den Niedriglohnsektor abzubauen und auch vermeintlich einfache Arbeiten und Tätigkeiten ausreichend zu bezahlen sowie Arbeitsverhältnisse zu sichern, indem Befristungen reduziert und alle Beschäftigten in die Sozialversicherungssysteme aufgenommen werden. Ebenso zentral wie überfällig ist es, gleiche Tätigkeiten unabhängig von Geschlecht und Herkunft auch gleich zu entlohnen.

Um soziale Benachteiligungen durch Bildung abzubauen, bedarf es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes daher eines Bildungssystems, das jedes Kind in seiner Individualität wahrnimmt und ihm die Förderung zuteilwerden lässt, die es benötigt. Vorverurteilung, Stigmatisierungen und Diskriminierungen sind in Bildungseinrichtungen nicht nur fehl am Platz, sondern gehören durch diese überwunden. Damit dies gelingt, ist es unerlässlich, weiter in die Ausbildung von Betreuungs- und Lehrpersonal zu investieren, Gruppen- und Klassengrößen zu reduzieren, verwaltungstechnische Aufwände pädagogischer Fachkräfte abzubauen, pädagogische Konzepte stärker in den Mittelpunkt zu rücken und Unterrichtsinhalte vermehrt an den Lebensrealitäten der Kinder auszurichten.

Zwar wurden in den vergangenen Jahren unterschiedliche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um an Einzelaspekten der Familiensicherung zu arbeiten. So wurden Kindergeld, Kinderzuschlag und auch der Kinderregelsatz erhöht, der Unterhaltsvorschuss reformiert und am Ausbau der Betreuungsplätze gearbeitet. Insgesamt wirken sich all diese Maßnahmen bislang jedoch nicht Armut reduzierend aus. Ungeachtet der Höhe der jeweiligen Leistungen erweist sich das Familienleistungssystem nach wie vor als sehr bürokratisch, und es zeichnet sich durch komplexe Anrechnungs- und Schnittstellenproblematiken aus. Dies führt dazu, dass mögliche Unterstützungsleistungen die Anspruchsberechtigten zu häufig nicht erreichen. Mitunter kommt es auch zu Widersprüchlichkeiten der Familienförderung, beispielsweise wenn Kinder von arbeitenden Eltern mehr staatliche Unterstützung erfahren als Kinder von Eltern, die nicht ausreichend selbst für die soziale Sicherung ihrer Familie sorgen können. So werden Familien mit höheren Einkommen nach wie vor stärker entlastet als solche mit niedrigeren Einkommen. Auch hier sind Änderungen notwendig.

Da zugleich offensichtlich ist, dass die weitere Bearbeitung von Einzelpunkten nicht zielführend ist, sollte die Kinderarmut mit einer umfassenden Strategie bekämpft werden, die eine „große Lösung“ ermöglicht. Vor diesem Hintergrund setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk für eine Kindergrundsicherung ein, die so ausgestaltet sein muss, dass sie die Armutszahlen spürbar senkt und sich damit an den tatsächlichen Bedarfen der Kinder und Jugendlichen orientiert. Dazu gehört es einerseits die materielle Absicherung von Kindern und ihren Familien in den Blick zu nehmen, andererseits aber auch ihre ausreichende Versorgung in den Bereichen Gesundheit, Mobilität, Freizeit und soziale Teilhabe sicherzustellen. Entsprechend dringend sollte eine an den tatsächlichen Bedarfen von Kindern ausgerichtete Neubemessung des kindlichen Existenzminimums erfolgen.

Neben der Überarbeitung der finanziellen Leistungen des Staates für Kinder und Jugendliche ist es ebenso notwendig, Infrastrukturen für die gesellschaftliche Teilhabe sowie Bildung junger Menschen aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen. Neben Kindertagesstätten und Schulen mit entsprechender Personal- und Sachausstattung gehören dazu auch Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Einrichtungen wie Musikschulen, Bibliotheken, Gemeinschaftszentren und Mehrgenerationenhäuser, ein vielfältiges Vereinswesen und Orte zur freien Gestaltung.

Bewertung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut

Bei den befragten Kindern und Jugendlichen gibt es durchgehend sehr hohe Zustimmungswerte zu den einzelnen Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland. Besonders favorisiert werden kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule (96 Prozent), mehr Fachkräfte und Sozialarbeiter*innen in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern (92 Prozent) sowie politische Maßnahmen für günstigen Wohnraum (91 Prozent) und mehr Unterstützung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen (91 Prozent). Aber auch kostenfreies Essen in Schule und Kita (90 Prozent), kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas (89 Prozent) sowie mehr Unterstützung und Informationen, wenn Familien staatliche Hilfen benötigen (89 Prozent), werden als wirksame mögliche Unterstützungen bewertet.

Das gilt auch für eine Erhöhung des Kindergeldes (88 Prozent), kostenlosen Eintritt für Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen (87 Prozent), mehr Familienzentren, die Kindern, Eltern und Familien leicht zugängliche Unterstützung und Förderung bieten (86 Prozent) sowie mehr Angebote, wie man die eigene Gesundheit und die der Familie stärken kann (83 Prozent). Etwas geringer sind die Zustimmungsraten hinsichtlich mehr Unterstützung von Eltern durch Sozialarbeiter*innen und Familienhilfen bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen (81 Prozent) und dass in den Medien mehr über Kinderarmut und Unterstützungsleistungen für arme Familien und ihre Kinder berichtet wird (76 Prozent).

Bei der Frage, wie die Kinderarmut in Deutschland bekämpft werden sollte, fordert auch ein Großteil der Erwachsenen eine umfassende Veränderung politischer Rahmenbedingungen. Als Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut werden vor allem kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule (95 Prozent), gezielte Förderprogramme für benachteiligte Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen (94 Prozent), mehr Fachkräfte und Sozialarbeiter*innen in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern (93 Prozent), mehr Angebote zur Förderung der physischen und psychischen Gesundheit (91 Prozent) und der Auf- und Ausbau von Familienzentren, die Kindern, Eltern und Familien leicht zugängliche Unterstützung und Förderung anbieten (90 Prozent), gefordert.

Favorisiert werden auch mehr politische Maßnahmen für günstigen Wohnraum und sozial gemischte Wohnquartiere (88 Prozent), eine kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas (88 Prozent), kostenloser Zugang zu Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen (88 Prozent) sowie kostenloses Frühstück und Mittagessen in Kitas und Schulen (87 Prozent). Von Bevölkerungsmehrheiten werden außerdem der Ausbau der Unterstützung durch Familienhilfen (86 Prozent), mehr Beratung und Unterstützung bei der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen (84 Prozent), eine intensivere Berichterstattung über Kinderarmut und Kinderunterstützung in den Medien (77 Prozent) als wirksame Maßnahmen bewertet. Das gilt zudem, wenn auch mit einigem Abstand, für die Erhöhung staatlicher Leistungen wie Kindergeld und Bürgergeld (68 Prozent).

Politische Schlussfolgerungen

Wie zuvor bereits dargestellt sind materielle Unterstützungsleistungen sowie gute Infrastrukturen gleichermaßen von Bedeutung, wenn es darum geht, Kinderarmut effektiv zu bekämpfen. Deshalb braucht es neben einer Kindergrundsicherung weitere Unterstützungsleistungen im Infrastrukturbereich. Neben einer besseren Ausstattung der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen mit Lehrkräften, Erziehenden und Sozialarbeiter*innen sind hier die kostenfreie Bereitstellung von Büchern und weiteren Lehrmaterialien, kostenfreie Mahlzeiten (Frühstück und Mittagessen) in Kindertagesstätten und Schulen sowie der kostenlose Eintritt zu Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen zu nennen, um einen praktischen Beitrag zur Minderung der Auswirkungen von Kinderarmut zu leisten.

Daher setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk für ein Bundeskinderteilhabe-gesetz (BKThG) ein. Dieses soll gewährleisten, dass Kindern und Heranwachsenden aus Familien in prekären Lebenslagen ein einklagbarer Rechtsanspruch auf Förderung und Teilhabe zugestanden wird, bundeseinheitliche Standards gesetzt, durch den Bund finanzierte, infrastrukturelle Bildungs- und Teilhabeleistungen auf der kommunalen Ebene für Kinder und Jugendliche direkt sichergestellt sowie Fachgesetze für mehr Teilhabe und effektive Armutsprävention systematisch geändert und ergänzt werden.

Als weiteren Baustein zur Bekämpfung von Kinderarmut sind Maßnahmen für günstigen Wohnraum sowie für sozial gemischte Quartiere vonnöten. Durch Untersuchungen ist bekannt, dass Kinder aus armen Familien in Deutschland aufgrund ihrer Wohnverhältnisse beispielsweise stärker von Umweltbelastungen betroffen sind als Kinder aus gut situierten Haushalten. Zudem stehen Kindern aus von Armut betroffenen Familien in ihren Quartieren oftmals weniger und schlechtere Spiel- und Erholungsflächen zur Verfügung als dies bei Kindern in privilegierteren Wohngebieten der Fall ist. In Stadtteilen mit einem höheren Anteil von Bürgergeld-Beziehenden fallen darüber hinaus auch Kita-Betreuungsquoten, die Kompetenzen bei der Schuleingangsuntersuchung oder die Übergangsquoten von der Grundschule auf ein Gymnasium niedriger aus. Ferner werden mehr Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt, Kariesbefall und Übergewicht unter Kindern in ärmeren Stadtteilen sind verbreiteter und die Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen fällt geringer aus. Kinder in Stadtteilen mit höherer Armutsquote spielen seltener ein Instrument, besuchen weniger oft ein Museum oder ein Theater und sind seltener Mitglied eines Sportvereins. In Kenntnis dessen setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk für eine Teilhabe ermöglichende Infrastruktur ein, die sich an den Bedürfnissen von armutsbetroffenen Kindern orientiert.

Insgesamt bedarf es einer sozial gerechteren Wohnraumversorgung, die die Verdrängung benachteiligter Familien vermeidet und die soziale Segregation in den Kommunen verringert, von der Kinder besonders stark betroffen sind. Für eine gelingende Kinderarmutsprävention ist es unabdingbar, dass bezahlbarer und bedarfsgerechter Wohnraum für Familien geschaffen und erhalten wird. Hierfür braucht es dringende Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und die Stadtentwicklung.

Erhöhung von Steuern zur Bekämpfung der Kinderarmut

Auch wenn Steuern als öffentlich-rechtliche Abgaben zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs dienen und damit im Gegensatz zu Gebühren und Beiträgen nicht aufgabenbezogen und zweckgebunden verwendet werden, wurde im Rahmen des Kinderreports die – damit eher fiktive – Bereitschaft abgefragt, mehr Steuern zu zahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte. Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Bereitschaft zu höheren Steuerzahlungen mit immerhin 62 Prozent der befragten Erwachsenen durchaus ausgeprägt ist. Damit liegt diese Zustimmungsräte nur knapp unter dem Niveau der vom Deutschen Kinderhilfswerk 2014 und 2018 veröffentlichten Befragungen, als 66 bzw. 64 Prozent diese Frage bejahten.

Bei den Kindern und Jugendlichen weicht das Ergebnis bei dieser Frage – wie auch schon bei der Befragung für den Kinderreport 2018 – deutlich von dem der Erwachsenen ab: Eine Steuererhöhung wird von einer sehr großen Mehrheit abgelehnt, nur 10 Prozent sprechen sich dafür aus. Diese stark gegenläufigen Befunde legen die Schlussfolgerung nahe, dass die Frage von den befragten Kindern und Jugendlichen wieder anders interpretiert wurde als von den Erwachsenen. Entsprechend hält das Ergebnis einem inhaltlichen Vergleich kaum stand.

Politische Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse zeigen damit zweierlei: Die erwachsenen Befragten möchten, dass sich die Politik stärker der Bekämpfung von Kinderarmut widmet, und sie sind bereit, dafür auch mehr Steuern zu bezahlen. Der wiederholte Verweis aus dem Bundesfinanzministerium, dass nicht ausreichend Mittel zu Verfügung stehen, um zusätzliche Ausgaben für arme Familien zu leisten, entbehrt damit insofern jeder Grundlage, als dass die Einnahmen gesteigert werden könnten, wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre; an der Bevölkerung würde dies nicht scheitern.

Hinzu kommt, dass durch die steuerlichen Kinderfreibeträge Gut- und Spitzenverdiener*innen im Vergleich zu mittleren und unteren Einkommen sowie Erwerbslosen und Geringverdiener*innen am meisten profitieren. Kinder von Erwerbstätigen mit unteren und mittleren Einkommen erhalten monatlich 250 Euro Kindergeld. Die steuerlichen Kinderfreibeträge wirken sich aufgrund des progressiven Steuersystems am stärksten auf die höchsten Einkommen aus. Aktuell ist die maximale Entlastungswirkung des Kinderfreibetrages gegenüber dem Kindergeld mehr als 100 Euro monatlich höher. Das summiert sich bis zum 18. Lebensjahr eines Kindes auf rund 25.000 Euro. Es profitieren also jene, die ohnehin schon mehr haben. Diese Widersprüchlichkeit im gegenwärtigen Sozialsystem und die steuerliche Begünstigung der Gut- und Spitzenverdiener*innen ist im Kontext der materiellen und sozialen Absicherung von Kindern zu hinterfragen. Im Sinne einer gerechteren Gesellschaft und eines Beitrages gegen Kinderarmut wäre eine Umkehr dieses Verhältnisses wünschenswert. Dafür spricht auch, dass dem meistgenannten Grund für Kinderarmut, nämlich zu wenig Geld im Elternhaus bzw. zu geringe Einkommen der Eltern, mit diesem Ansatz begegnet werden könnte.

Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche

Bereits der Kinderreport 2012 des Deutschen Kinderhilfswerkes hat den Zusammenhang von Kinderarmut und Beteiligungsrechten von Kindern auf den Punkt gebracht: Die frühe Beteiligung von Kindern kann dabei helfen, den Kreislauf der Vererbung von Armut zu durchbrechen. Durch Mitbestimmung entwickeln Kinder schon in jungem Alter soziale Kompetenzen, die sie stark machen. Dadurch können die Kinder erfolgreich mit aversiven Reizen umgehen. Für Kinder aus benachteiligten sozialen Lagen ist es von besonderer Bedeutung, schon im jungen Alter in der Kita entsprechende Erfahrungen machen zu können. Durch frühe Mitbestimmung können die Kinder die Folgen von sozialer Benachteiligung kompensieren.

Betrachtet man die Kinder und Jugendlichen für sich und fasst die Bereiche „sehr wichtig“ und „wichtig“ zusammen, messen die Befragten der Mitsprache im schulischen und familiären Umfeld den größten Stellenwert zu. Mit 91 bzw. 90 Prozent plädieren sie dafür, in der Schule und in der Familie mehr mitbestimmen zu können. Mit deutlichem Abstand folgen die Bereiche der Sport-, Kultur- und Freizeitvereine (81 Prozent) und auch mehr Mitbestimmungsrechte in Deutschland insgesamt (80 Prozent). Der Wunsch der Kinder und Jugendlichen nach übergreifender Mitbestimmung, also auf Bundes- oder kommunaler Ebene (70 Prozent), fällt insgesamt höher aus als in ihrem unmittelbar konkreten Lebensumfeld (61 Prozent). Schlusslicht ist wie in vorangegangenen Befragungen die Forderung nach mehr Mitbestimmungsrechten in Kitas (48 Prozent).

In den Augen der Erwachsenen wird einer Erweiterung der Mitbestimmung insbesondere in Sport-, Kultur- und Freizeitvereinen (82 Prozent), in der Familie (80 Prozent) und in der Schule (79 Prozent) eine große Wichtigkeit beigemessen. Es folgen mit einigem Abstand die Mitbestimmungsrechte auf Bundes- oder kommunaler Ebene (66 bzw. 64 Prozent) und im unmittelbaren konkreten Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen (58 Prozent). Schlusslicht auch hier die Forderung nach mehr Mitbestimmungsrechten in Kitas (50 Prozent).

Politische Schlussfolgerungen

Durch die Befragung für den Kinderreport 2023 wird deutlich, dass insbesondere bei Kindern und Jugendlichen der Wunsch nach einer größeren Einbeziehung sehr deutlich vorhanden ist. Besonders ausgeprägt ist das Interesse junger Menschen, an Vorgängen und Entscheidungen in der Schule, in der Familie sowie bei Themen, die in Sport-, Kultur- und Freizeitvereinen verhandelt werden, beteiligt zu werden. Aber auch an den Entwicklungen, die für ganz Deutschland Relevanz haben, an den Themen in ihrer Stadt/Gemeinde sowie in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld möchten sie mehrheitlich stärker als bislang einbezogen werden.

Angesichts der starken Bedürfnisse junger Menschen nach einem Mehr an Mitbestimmung bleibt es weiterhin vordringlich, neben der Bekanntheit vor allen Dingen an der Realisierung dieses Kinderrechts zu arbeiten. Wesentliche Grundlage für die Steigerung der Bekanntheit sowie der Realisierung des Beteiligungsrechts ist die Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz. Dabei müsste die Vorrangstellung des Kindeswohls gemeinsam mit dem Beteiligungsrecht für Kinder und Jugendliche abgesichert werden. Vor dem Hintergrund des föderalen Staatsaufbaus der Bundesrepublik sowie

der großen Bedeutung kommunaler Strukturen für die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen sollten darüber hinaus Beteiligungsrechte für diese auch in allen Landesverfassungen sowie Gemeindeordnungen bzw. Kommunalverfassungen verankert werden.

Neben den Weiterentwicklungen gesetzlicher Vorgaben und Bestimmungen ist es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes unerlässlich, weiter daran zu arbeiten, Kinderinteressenvertretungen zu etablieren, alle mit Kindern arbeitenden Fachkräfte und andere Bezugspersonen zum Kinderrecht auf Beteiligung zu informieren sowie das Wahlalter stufenweise weiter abzusenken. Die dafür notwendigen Prozesse sollten durch Fach- und Servicestellen für Kinder- und Jugendbeteiligung beraten und unterstützt werden. Ebenso erscheint es zielführend, Informationen und Arbeitsmittel, beispielsweise in Form von methodischen Materialien, Modellprojekten und Schulungen, wie auch die Vernetzung der Akteur*innen durch Fachtage und mittels digitaler Formate bereitzustellen.

All dies wird nicht nur dem Wunsch von Kindern und Jugendlichen Rechnung tragen, sondern ist auch ein essenzieller Beitrag für die Sicherung und den Erhalt unseres demokratisch verfassten Gemeinwesens. Nicht nur in Zeiten, in denen vertraute Gewissheiten in Auflösung begriffen sind und in verschiedenen Bereichen eine Verrohung des gesellschaftlichen Umgangs miteinander zu beobachten ist, ist es notwendig, in das Fundament unseres Zusammenlebens zu investieren. Aber gerade aktuell wird deutlich, wie wichtig es ist, dass möglichst alle Menschen die Erfahrung machen können, dass ihre Ansichten und Meinungen artikuliert, wahrgenommen und bestenfalls auch berücksichtigt werden. Auch dass dies nicht in jedem Fall so sein wird, ist Teil des demokratischen Prozesses und erfordert das Erläutern und Erklären von getroffenen Entscheidungen. Nur wenn Prozesse nachvollziehbar sind, besteht die Chance auf Akzeptanz, und nur wenn Menschen sich gehört fühlen, kann Selbstwirksamkeit entwickelt werden.